

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusatzblatt

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeb.), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittags 1 Uhr.
Verbands-Anzeigen werden mit 30% für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet

Monopole und Arbeiterklasse.

I.
Eine der bedeutendsten Fragen der kommenden Friedenszeit wird für alle zivilisierten Völker die Ueberwindung der finanziellen Kriegswirkungen sein. Für uns Deutsche ist die Erledigung dieser Angelegenheit um deswillen besonders schwierig, weil das Deutsche Reich als Bund einzelner Staaten gezwungen sein wird, künftig sehr weit auf das bisherige Steuergebiet der Einzelstaaten überzugreifen. Das Reich hat versassungsgemäß alle direkten Kriegsausgaben zu tragen. Zur Deckung dieser Ausgaben standen ihm bisher hauptsächlich nur indirekte Steuern zur Verfügung. Der jeweilige über diese Einnahmen hinausgehende Betrag wurde durch Anleihen gedeckt. Nun hat uns aber der jetzt schon drei Jahre wüthende, grausamste aller Kriege Ausgaben in einer Höhe gebracht, die alle früheren Vorstellungen überschreiten. Und noch ist kein Ende abzusehen. Die durch den Krieg verursachte Schuldenlast des Reiches wird einschneidend in der nächsten Zeit den Kriegsausgaben ungefahr 100 Milliarden Mark erreicht haben. Die Zinsen für diese Summe, die zu zahlenden Renten an Kriegsschuldige, Witwen und Waisen und die dauernden laufenden Ausgaben werden die auf Grund der bisherigen Gehehe zu erwartenden Einnahmen vielfach um das Zehnfache übersteigen. Ein Flugblatt des Alldeutschen Verbandes, das in diesen Tagen verteilt wurde, rechnet sogar mit einer Schuldenlast von 170 Milliarden Mark. In diesem, nebenbei gesagt, recht plump-demagogisch verlogenen Flugblatt werden die zukünftigen Reichsteuern mit M. 172 pro Kopf und Jahr berechnet. Wie können diese riesigen Summen aufgebracht werden?

Alle, die über diese Frage nachgedacht haben, sind darin einig, daß dies auf dem bisherigen Wege der indirekten Besteuerung unmöglich ist. Alle Steuern, die in den letzten Jahren vor dem Kriege vom Reichstage beschlossen wurden, bedeuteten gewissermaßen nur ein Leben von der Hand in den Mund. Auf diese Art kann man zukünftig nicht wütheln; denn es handelt sich darum, wie auf Jahresschritte hinaus die Reichseinnahmen auf den oben genannten Summen entsprechende Höhe gebracht werden können.

Unter den gemachten Vorschlägen sind besonders zwei, die im deutschen Volke tiefgehende Meinungsverschiedenheiten hervorrufen werden. Eine keine Minderheit, die zurzeit unter der Firma „Alldeutscher Verband“ Propaganda treibt, schlägt vor, das deutsche Volk solle nicht selbst zahlen, sondern andere Völker für sich zahlen lassen. Das heißt mit andern Worten, das deutsche Volk solle so lange Krieg führen, bis seine Gegner völlig am Boden liegen und sich von uns die Friedensbedingungen diktieren lassen. Es sollen dann, nach dem genannten Flugblatt, nicht nur Kriegsentwicklungen in der Welt, sondern im Westen und Osten auch noch geistig Rand abströmen. Da sich die feindsigen Völker dagegen selbstverständlich ebenso wehren würden, wie wir dies tun, so bedeutete die Verwirklichung dieses Vorschlages weitere Opfer an Blut und Gut vom deutschen Volke, bis dieser Sieg erungen wäre. Dieser Sieg kann uns aber nicht einmal garantiert werden; die Hoffnung auf ihn ist also eine sehr unsichere Spekulation, zumal der Alldeutsche Verband mit keiner Silbe den Tag erwähnt, an dem seine gesamte Mitgliedschaft den Marsch in den Schützengräben antreten wird, um den Frieden zu erzwingen, den er den „Deutschen“ nennt!

Der zweite Vorschlag geht dahin, eine gesetzlich zu bestimmende Reihe von Betriebsarten dauernd für das Reich zu beschlagnahmen, für die Fortführung der Betriebe Reichsmonopole zu schaffen und auf diese Art durch Zuzuführung der entsprechenden Betriebsmittel die Reichseinnahmen zu erhöhen. Dieser Gedanke wird in einem Buche, dessen Herausgeber Wilhelm Zangson ist, von drei bekannten Schriftstellern einer eingehenden Würdigung unterzogen, und in einem Nachwort werden ihre Ausführungen vom Herausgeber nochmals unterstrichen.

Ueber die bisherige Entwicklung des Kartell- und Syndikatswesens in Deutschland berichtet G. Cunow im ersten Aufsatz. Diese Entwicklung ist mannigfaltiger, als man in Arbeiterkreisen glaubte. Cunow unterscheidet Verkaufs- und Einkaufskartelle, Kartelle zur Festlegung bestimmter Absatzbedingungen, gemischte Kartelle, Verbraucherkartelle, Produktionsregelungskartelle ufm. Die Motive, die in einem Industrie- oder Handelszweig zur Kartellierung führen, können recht verschiedenartig sein, stets aber läuft die Gründung letzten Endes darauf hinaus, den Kartellmitgliedern Vorteile, entweder beim Einkauf oder beim Verkauf, zu sichern. Von den Freunden der Kartelle und Syndikate wird vielfach angeführt, daß diese eine größere Gleichmäßigkeit der Warenerzeugung ermöglichen, als wenn jeder Betriebsunternehmer nach seinem Kopfe wirtschaftete. Es kann allerdings nicht bestritten werden, daß ein hartes Syndikat oder Kartell eine denartige Regelung herbeiführen kann und daß dadurch die Krisenwirkungen für das kartellierte Gewerbe bedeutend abgeschwächt werden. Es kann ebenso wenig bestritten werden, daß es der Arbeiterschaft dienlich wäre, wenn Krisen ganz vermieden oder möglichst abgeschwächt werden könnten. Cunow weist jedoch an einer ganzen Reihe von Beispielen nach, daß bei allen Kartellgründungen nur die Rücksicht auf den eigenen Vorteil der Kartellbesitzer maßgebend war, und daß alles, was für die Arbeiterschaft Günstiges dabei herauskam, ungewollte Nebenwirkungen waren.

Eine andere Behauptung der Kartellfreunde war bisher, daß die Werkstatte „Kinder der Not“ seien. Auch hier wird von Cunow nachgewiesen, daß im Gegenteil die meisten Kartelle „Kinder einer günstigen Konjunktur“ sind. Von den mancherlei Versicherungen lundiger Männer, die Cunow erwähnt, wollen wir hier nur eine anführen. Der frühere Regierungsrat und spätere Geschäftsführer des Stahlwerkesverbandes, Dr. Voelker, sagte in einem Referat über den Verband deutscher Druckpapierfabrikanten: „Die Erfahrung hat gelehrt, daß, wenn auch die Kartelle als Kinder der Not bezeichnet werden und die Bestrebungen zum Zusammenschluß der Berufsge nossen gemeist in den Zeiten niedergehender wirtschaftlicher Konjunktur oder Krisen ihren günstigsten Aufschwung haben, dennoch das Zustandekommen eines Kartells am leichtesten bei günstiger geschäftlicher Lage und bei hochkonjunkturen sich ermöglichen läßt, denn die Aussicht auf Erhaltung günstiger Preise, verbunden mit starker Nachfrage, bildet die stärkste Triebfeder zur Vereinigung gemeinsamer Interessen. Das Bestreben dagegen, um jeden Preis Aufträge zu erlangen und diese den Konkurrenten wozuzunehmen, erschwert ein gemeinsames Vorgehen.“ — Eine andere Behauptung, die von Interkommunikationsstellen oft aufgestellt wurde, lautet: der Beitritt zu ihnen Kartellen sei freiwillig. Auch diese Behauptung ist unzutreffend, wie Cunow ebenfalls nachweist.

Die häufige Form des Kartells sind die Trusts. Cunow nennt sie eine monopolistische Fusion größerer Maßstabes. Ihr Wirkungsbereich erstreckt sich oftmals weit über das Gebiet ihres Heimatstaates hinaus. Das beste Beispiel für das Wirken eines derartigen Gebildes haben wir in dem amerikanischen Petroleumtrust, der sich seinen regelmäßigen Tribut fast aus jedem Haushalt der zivilisierten Welt holt. In Deutschland kommen ihm die Organisationen der chemischen Industrie und der Kohlenbergwerke am nächsten. Das Streben aller dieser Vereinigungen besteht hauptsächlich darin, den Gewinn zu erhöhen. Das läßt sich auf zwei Wegen erreichen. Einmal durch Preisüberhöhung und zum andern durch Herabsetzung des Herstellungspreises. Da der erste Weg meistens der einfachere ist, so wird er in der Regel eingeschlagen. Dann heißt die Bevölkerung als Verbraucher. Es kann dieser Fall auch eintreten, wenn das Kartell lediglich ein Sinken der Preise verhindert. Schreitet ein Kartell zur Herabsetzung der Herstellungspreisen, so ist damit in der Regel für die Arbeiterschaft der betreffenden Betriebe der Versuch einer Lohnfestlegung verbunden, der, wie uns die Erfahrung lehrt, gegenüber einem Kartell viel schwerer abzumehren ist, als gegenüber dem Einzelunter-

nehmer. Ein besonderer Vorteil, den die Kartelle mit sich bringen, ist schließlich, daß sie dem böswilligen oder räuberischen Schuldner viel nachthölicher gegenüberstehen als der Einzelunternehmer. „Das Gesamtergebnis aller dieser Bestrebungen ist zweifellos ein weiteres Fortschreiten zum Privatmonopol. Ist das aber richtig, dann drängt sich die Frage auf: „Ist es nicht volkswirtschaftlich nützlicher, solche Privatmonopole in Staatsmonopole umzuwandeln?“ Diese Frage erscheint um so berechtigter, weil die enormen Beträge, die das deutsche Volk nach dem Kriege alljährlich zur Befreiung der vielen neuerschaffenen Staatsausgaben und zur Deckung der Zinssumme der riesig angeschwollenen Reichsschulden aufzubringen gezwungen sein wird.“ In diese Höhe sah Cunow das Ergebnis seiner Arbeit zusammen. Auf seine Ansicht, was für eine Stellung die Arbeiterschaft zu dieser Angelegenheit einnehmen müßte, kommen wir in einem Schlussartikel zurück.

„Baugewerkschaft“ und Verständigungsfrieden.

Der „Baugewerkschaft“ hat es nicht gefallen, daß wir in Nr. 30 des „Grundstein“ etwas aus der Brust eines Kollegen aufgenommen haben, der sich mit ihrer Haltung zur Friedens- und Kriegsfriede befaßt. Unser Einverständnis war bekanntlich nach dem Stadium eines Artikels der „Baugewerkschaft“ zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieses Blatt gegen einen Verständigungsfrieden sei und daß es, um es hier klar auszusprechen, im Fortwachen jener Alldeutschen schwimme, die den Krieg bis zur völligen Niederwerfung der Gegner fortführen und zur Annektion von fremden Ländern und zur Ausräumung von Kriegsentwicklungen ausmühen wollen. Die „Baugewerkschaft“ vermag sich gegen diese Auslegung ihres Artikels und erklärt, sie sei durchaus für einen Verständigungsfrieden. Um aber zu einem solchen zu kommen, halte sie sowohl die Sozialdemokratische Konferenz als auch die deutsche sozialdemokratische Friedensformel für schädlich. Die Formel: „Keine Annektionen und keine Entschädigungen“ führe nach ihrer Meinung bei den Feinden und den Neutralen zu dem Glauben, daß Deutschland vor dem Zusammenbruch stehe. Tatsächlich seien unsere Feinde „durch diese durch nichts begründete Selbstbescheidung, wie sie in der sozialdemokratischen Friedensformel sich kundgibt, nicht etwa milder in den eigenen Forderungen geworden, sondern hätten sie im Gegenteil um so schroffer betont zu dürfen geglaubt“.

Nach unserer Meinung ist das Gegenteil richtig. Seit sowohl in Rußland als auch in Deutschland die Formel „Keine Annektionen und keine Entschädigungen“ als Kriegsziel proklamiert worden ist, kann man sich in England und in Frankreich kein annerkennungsfähiges Programm nicht mehr klar und offen zu vertreten, sondern man muß es allerlei Epithetendigungen mit dieser Formel in Einklang zu bringen. Und daß die Friedensbewegung nach Aufstellung dieser Friedensformel und besonders, nachdem sich der Reichstag auf den Boden dieser Formel gestellt hat, in allen Ländern Fortschritte macht, wird wohl auch die „Baugewerkschaft“ nicht gut bestreiten können. Wenn trotzdem die „Baugewerkschaft“ fragt: „Wer wagt denn nun Kriegszugfängernd: derjenige, der nur nach Frieden ruft und sich nach Lage der Verhältnisse unwürdig anbietet und damit den Kriegswillen unserer Feinde neu befeuert und stärkt, oder derjenige, der sagt: nichts kann uns besser helfen, als der dort betonte Wille, die Zerstückelungsabsichten unserer Feinde zu schlagen?“ so heißt sie die Frage durchaus schief. Weder der Kaiser, als er im Dezember letzten Jahres sein von tiefem menschlichem Mitleid getragenes Friedensangebot machte, noch die russischen oder deutschen Sozialdemokraten, als sie ihre Friedensformel aufstellten, noch der Deutsche Reichstag, als er sich auf den Boden dieser Formel stellte, haben sich „unwürdig angeboten“. Dagegen haben alle diese Faktoren — trotz ihrer Friedensbereitschaft — jederzeit den stark betonten Willen gehabt, die Zerstückelungsabsichten der Feinde zu schlagen. Die „Baugewerkschaft“ darf also ebensowenig nicht so tun, als ob sie in dieser Beziehung auf der einen, der Seite „Gewandelter“, die Sozialdemokraten ufm., aber auf der andern Seite ständen!



Im übrigen bleibt die Haltung der „Baugewerkschaft“ zur Friedensfrage nach wie vor zweideutig und unklar. Sie erklärt in Nr. 31: „Wir betonen noch einmal: wir stehen auf dem Boden eines Verständigungsfriedens. Wir wissen uns eins mit der im Reichstag angenommenen Friedensresolution. Wir sind nicht ausgegogen, um Eroberungen zu machen.“ Von der Stellungnahme des Reichstages aber erklärte sie in Nr. 29: „Von der negativen (vernichtenden) Seite genommen, kommt diese Stellungnahme auf die Formel, keine Annexion und keine Kriegserklärung hinaus.“ Das ist ja aber gerade die von der „Baugewerkschaft“ kritisierte und abgelehnte Formel der Sozialdemokratie! Man kann aber doch schließlich nicht gleichzeitig für und gegen eine bestimmte Forderung sein! Die Wichtigkeit ist, daß der „Baugewerkschaft“ die Friedensresolution des Reichstages keineswegs recht sympatisch ist. Das ergibt sich ganz klar aus folgenden Sätzen in Nr. 29: „Ob mit einer solchen klaren Willensäußerung, von der Mehrheit im Reichstag ausgesprochen, die beabsichtigte Wirkung auf unsere Feinde und auf das neutrale Ausland hervorgerufen wird, muß abgewartet werden. ... Ein abschließendes Urteil darüber zu geben, hator möchten wir uns jedoch hüten. Es ist an die Meinungsumstellung eine etwas überaus anfordernde getreten. Die Hoffnungen waren weit hin höher, als sie in dieser Stellungnahme des Reichstages zum Ausdruck kommen, auch war die Richtung des Handbells tatsächlich anders eingestellt. Dies alles muß erst innerlich verarbeitet und bezogen werden, die Erkenntnis muß erst festen Fuß fassen, daß diese Stellungnahme die einzige richtige war.“ Das wird von dem Erfolg des gelanten Schrittes abhängen.“ Und noch in Nr. 31 heißt der Satz: „An unsern Feinden ist jetzt die Reihe, zu reden; zwingen sie uns, bis zum bitteren Ende zu kämpfen, sollen sie auch die Folgen tragen.“

Was heißt: „bis zum bitteren Ende“? Daß unser Land vertrieben werden muß, solange noch Gegner ihre gierigen Eroberungsfinger danach ausstrecken, ist selbstverständlich. Aber nicht selbstverständlich ist es, daß man dann, wenn die Gegner einsehen, daß es für sie mit Eroberungen nichts wird, und wenn sie aus diesem Grunde zum Frieden bereit sind, den Krieg fortführen muß, bis sich die Gegner Eroberungen gefallen lassen. Die „Baugewerkschaft“ scheint zu glauben, daß die Mittelmächte in demselben Augenblick, wo wir einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen haben können, auch schon so weit wären, den Gegnern den Frieden diktieren und ihnen die Wirtelung von Land und Kriegsermächtigung aufzulegen zu können. Das halten wir für einen Irrtum. Gegenwärtig, wie das deutsche Volk heute, trotz seiner Friedensbereitschaft, daran denkt, sich die Verteidigung seines Landes und die Aufrechterhaltung der Kriegskontributionen gefallen zu lassen, ebenso wenig werden das die Gegner Deutschlands dann tun, wenn sie einzusehen beginnen, daß sie selbst nicht erobern können, und wenn sie aus dieser Einsicht heraus zu einem Frieden der Verständigung bereit sind. Daß dann der Krieg nicht fortgesetzt werden soll um allseitiger Eroberungsziele willen, das ist es, was wir klipp und klar aussprechen, was die sozialdemokratische Friedensformel und der Beschluß des Reichstages befehlen und was die „Baugewerkschaft“ zu kritisieren für gut befindet. Dagegen hat sich unser Feindern gegenüber, und wir haben von seiner Eingebung nichts genommen, weil wir in der Haltung der „Baugewerkschaft“ eine — vielleicht unbedachte — Stärkung der alldeutschen Richtung

sehen, von der wir eine Verlängerung des Krieges fürchten, die durch nichts wieder gut gemacht werden könnte, auch nicht durch gewaltsame Annexionen — sofern diese überhaupt möglich wären.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Ergebnis der Feststellung vom 30. Juli.
Der Bericht erfasst von 806 Zweigvereinen 794 mit 81.881 Mitgliedern, von denen 74 oder 0,08 vom Hundert arbeitslos waren. Gegenüber 62 oder 0,08 vom Hundert am Vortage vorher. Danach hat die Arbeitslosigkeit eine kleine Zunahme erfahren.

14 Arbeitslose oder vom Hundert der Mitglieder 0,09 empfangen Arbeitslosenunterstützung, in der Vorwoche 21 oder vom Hundert der Mitglieder 0,03. Somit trat hier wieder eine kleine Abnahme ein.

Bezirk	Zu den besagten Zweigvereinen		In den besagten Zweigvereinen waren am Berichtstage arbeitslos	
	Arbeiter	Arbeitslose	Arbeiter	Arbeitslose
1. Königsberg	31	21	1968	—
2. Bromberg	21	31	1478	—
3. Stettin	58	51	1372	—
4. Breslau	55	55	8350	1
5. Berlin	75	75	8941	11
6. Magdeburg	83	88	9242	9
7. Erfurt	43	42	2220	—
8. Frankfurt	13	13	1414	—
9. Geln	14	14	6973	—
10. Dortmund	17	17	2205	—
11. Hannover	45	45	2901	—
12. Bremen	29	29	2516	—
13. Hamburg	65	69	5081	3
14. Hildesheim	62	62	1691	—
15. Dresden	16	16	7139	—
16. Leipzig	78	78	8780	1
17. Nürnberg	25	25	2024	—
18. München	36	36	3584	—
19. Stuttgart	9	9	1949	—
20. Karlsruhe	16	16	2881	—
21. Straßburg	11	6	144	—
Zusammen	806	794	81881	74

Der Arbeitsnachweis unseres Zweigvereins Bonn am Rhein sucht Maurer, Fuhrer, Zementarbeiter, Einschaler, Hilfs- und Erdarbeiter in großer Zahl für die Kriegsbauten. Arbeitsjehnde wollen sich auf unserm Zweigvereinsbureau in Bonn, Sandlaue Nr. 13, (Telephon 2680) melden. Der Arbeitschein ist mitzubringen. Auskunft über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse kann aus bestimmten Gründen nur schriftlich erteilt werden.

Für Kriegsbauten in ... werden vom Bauernmeister Heinrich Kujel, Grieben in Meddenburg, sofort 1000 Maurer und 60 Hilfsarbeiter gesucht. Wegen der Lohn- und Arbeitsbedingungen wolle man sich an die obige Adresse wenden.

getämpft werden, vor allem mit der sich immer mehr steigenden Hitze. Wenn sieben Kilometer hatte man mit 36 bis 37 Grad gerechnet, statt dessen hatten es 45 bis 46 Grad und 500 m tiefer waren es 55 Grad Hitze. Die Zuführung kalter Luft genigte nicht mehr, sondern durch Vorrichtungen wurde ein mächtiger Sprühregen eisigkalten Wassers, der die Luft abkühlte, an die Arbeitsstelle geleitet. Rauchverdichtendes Gestein, gewaltige Wasser-einträge, der ungeheure Druck des Berges erschütterte auf die Arbeiter bis zum völligen Entlassen. Durch den Druck zerplatzten die stärksten eingebauten Holzstämmen, verloren sich die dicken Eisenkassen. Erst durch Einbau von Zementlöden, verbunden mit mächtigen Eisenträgern, gelang es, dem Druck Einhalt zu gebieten. Kalte und warme Quellen überschwemmten den Tunnel; sie mußten abgefaßt werden, und heute gelangen etwa 1000 Liter Wasser durch den Paralleltunnel ins Freie. 1850 Tonnen Dynamit wurden bei den Sprengarbeiten verwendet, vier Millionen Sprengkapseln. Der Höchststand der Arbeiter betrug 4000, die weit über eine Million Kubikmeter Baugrubmaterial ins Freie schaffen mußten. Viele Cyber an Gefährlichkeit und Leben der Arbeitenden verhängt der Tunnel. Der höchste der Wasserbrücke, der plötzlich einbrach, begrub eine Anzahl Arbeiter im nachträglichen Gestein. An der Stelle, wo sie gebrochen sind, liegen sie noch heute im steinernen Gestein, über dem sie sich als das mächtigste aller Monumente des Simplontunnels hoch emporheben.

Von der höchsten Eisenbahn der Erde sind vier ebenfalls einen Weltrekord. Es ist dies die Jungfrau-bahn in der Schweiz. Erbaut von Guyer-Zeller, einem Schweizer Ingenieur. Die Bahn entspringt auf der kleinen Schwedigen und steigt über den Eigergeißler zur Jungfrau empor. Sie führt die Bahn tief, um so mehr nimmt die Großartigkeit und Pracht der Alpenwelt zu. Am 19. September 1898 wurde die erste Station, der „Eigergeißler“, eingeweiht. 1905 folgte die Station „Eismeer“ und 1912 wurde das „Jungfrau-Joch“ erreicht. Es ist dies die höchste Bergstation der Erde. Durch Erfindung der Bahn ist es denn schließlich, auf bewundernswürdige Weise die Wunder der Alpen- und Weltgeschichte zu schauen. Alles überragend an Bauwerken auf der Erde steht der Eiffelturm in Paris da. Erbaut anlässlich der

Berichte.

Mannheim-Ludwigshafen. Am 29. Juli fand unsere Quartalsversammlung statt. Kollege Gerle gab den Geschäfts- und Kassenbericht. Wir hatten am Jahresabschluss 1916 605 Mitglieder. Im ersten Quartal 1917 hatten wir 18, im zweiten Quartal 205 Aufnahmen. Mitglieder haben wir am Schluß des zweiten Quartals 1002. Die vor einigen Tagen angenommene Statistik hat gezeigt, daß eine ganze Anzahl Bauarbeiter der Organisation angefügt werden kann. Fast an allen Baustellen befinden sich unorganisierte Kollegen, die entweder früher schon einmal Mitglieder waren oder von den Baugehilfen rekrutiert sind und es übersehen, sich anzumelden. Die rekrutierten Kollegen kommen aus allen Teilen des Reiches. Besonders in der Metallfabrik in Ludwigshafen sind viele Kollegen aus Hamburg, Berlin, Breslau, Glogau, von denen sich nur ein kleiner Bruchteil um die Organisation kümmert. Das haben wir in Süddeutschland nicht für möglich gehalten. An einigen Baustellen wird sehr gut gearbeitet, an anderen wird wieder gar nichts getan. In der nächsten Zeit soll in Oppau und einigen anderen Baustellen mit Organisation eingeleitet werden. Kollege Gerle freute sich die Arbeitsbewegung und machte auf die Aufmerksamkeit die sich bei der Bewegung gezeigt haben. Man kann ohne Über-treibung sagen, daß sich die Bewegung für die Arbeiter stark abgewandelt hat. Der Geist ist der nächsten Zeit in Oppau und einigen anderen Baustellen mit Organisation eingeleitet werden. Kollege Gerle freute sich die Arbeitsbewegung und machte auf die Aufmerksamkeit die sich bei der Bewegung gezeigt haben. Man kann ohne Über-treibung sagen, daß sich die Bewegung für die Arbeiter stark abgewandelt hat. Der Geist ist der nächsten Zeit in Oppau und einigen anderen Baustellen mit Organisation eingeleitet werden. Kollege Gerle freute sich die Arbeitsbewegung und machte auf die Aufmerksamkeit die sich bei der Bewegung gezeigt haben. Man kann ohne Über-treibung sagen, daß sich die Bewegung für die Arbeiter stark abgewandelt hat. Der Geist ist der nächsten Zeit in Oppau und einigen anderen Baustellen mit Organisation eingeleitet werden.

mikrofilm service münster + g. gutt KG essen + köln

eine größere Anzahl Arbeiter beschäftigen; aber Fällung können wir mit diesen Leuten nicht bekommen. Die Bewegung der Blätterleger ist noch nicht abgeschlossen. Das selbe trifft auch für das Spinnereibetriebe zu. Auch da haben die Kollegen sehr viel durch ihre Interesseloyalität bewirkt. Es ist leider so, daß immer erst die Jungeregeneration nachhaken muß. Die jugendlichen Arbeiter, besonders die Speisestuben, können sich heute nicht erziehen, sie brauchen sich nur zu organisieren. Die Jugendorganisation gibt ihnen Gelegenheit. Obwohl wir beschlossen haben, keine Frauen in die Organisation aufzunehmen, haben wir es für richtig gehalten, die Frauen, die in Baugeschäften arbeiten, zusammenzufassen. Die Veranstaltung war gut besucht. Wir haben festgestellt, daß keine, einschließlich der Feuerungsanlagen, von 50 bis 70 pro Stunde gearbeitet werden. Den Frauen haben wir Ratighaben gegeben, wie sie ihre Lage verbessern können und wie sie sich gegen Inflationsschäden schützen müssen. Wo unsere Anzeigen besetzt werden können, das ist ein Vorteil, das wir nicht ablassen wollen. Es ist nicht schön im Laufe dieses Jahres möglich war, eine weitere Feuerungsanlage herauszuholen, wurde dafür beantragt, daß bei den genauen Verhandlungen diese Möglichkeit offen gelassen wurde. Es wurde beschlossen, daß man sich über diese Frage mit der Bezirksleitung ins Benehmen setzen sollte, wobei man die Arbeiter über die Bauarbeiter in Bezug auf die Lebensmittellagen gar zu strengmässig behandelt. Es wurden Fälle angeführt, wo, besonders in der Textilfabrik, die Arbeiter jede Woche berücksichtigt werden, und zwar auch Leute, die nicht einmal als Schwerearbeiter gelten können, von denen man aber mit Recht sagen kann, daß sie im Recht sind. Wir werden uns an die Kriegsamt-Beschlüsse wenden. Kollege Geerle Gedachte noch des verstorbenen Kaufmanns, Herrn Joseph Kober, dem die Mannheimer Bauarbeiter sehr viel zu danken haben. Kober war ein Mann, der am meisten Rechte war, er war streng und doch bescheiden. Sollte nach dem Kräfte diese Stelle neu besetzt werden, dann werden wir einen Kollegen aus unserer Reihen in Vorzug bringen. Nach einigen anzuwendenden Worten zur Mitarbeit in der Organisation schloß Kollege Geuer die von guter Stimmung getragene Generalversammlung.

Wiesbaden. Am 29. Juli tagte im Generalsekretariat der Generalversammlung unserer Zweigvereine. Anwesend waren 23 Delegierte aus 15 Organisationen. Es teilten die Vertreter der Postleuten Wredenheim, Weidenbach, Weiblich, Erbach, Niedrig, Wollensheim. Den Geschäftsbericht für das erste Halbjahr 1917 erstellte der Vorsitzende Fritz Sack. Er brachte die gesamte Feuerungsanlage zur Sprache. Bei der zweiten Sitzung von 15 1/2 ist der Stundenlohn im Zweigverein Wiesbaden für Maurer 88 1/2, für Zementarbeiter 88 1/2, für Zementarbeiter 81 1/2, für Hilfsarbeiter 76 1/2 und für Erdbauer 80 1/2. Nach einer Vereinbarung mit den Unternehmern im Holzgewerbe wurden die Preise im Holzgewerbe für das Bezugs von Fußbodenplatten von 1.10 auf 1.20 und für Wandplatten von 8.20 auf 8.50 für das Quadratmeter erhöht. Bei Arbeiten im Stundenlohn erhält der Blätterleger 1.05. Für die Silberröhre war es nicht möglich, die Feuerungsanlage durchzuführen. Wiesbaden werden insgesamt nur 15 1/2 Zulage von den Unternehmern gezahlt. Der Stundenlohn beträgt 81 1/2. Diese Bewegung kann jedoch noch nicht als abgeschlossen gelten. Wichtiger der Silberröhre muß es sein, auch die noch stehenden 10 1/2 durchzuführen, um die gleiche Zulage für alle tätigen Bauarbeiter zu erhalten. Die Agitation wurde im Laufe des Jahres sehr lebhaft betrieben. Im Schlusse des Jahres 1916 betrug die Mitgliederzahl im Zweigverein 599; sie stieg auf 582 am Schlusse des zweiten Quartals 1917. Im Zugang hatten wir: Neuzugänge 28, Abmeldungen 88, vom Militär zurückgekehrt 86, von der Front 199. Der Zugang betrug 137, davon fünf abgereist 15, ausgetreten 6, gestorben 4, zum Militär eingezogen 80 und geflohen wurden 29 Mitglieder. Als gefallen gemeldet wurden 11 Mitglieder; unter diesen befindet sich auch der langjährige Vorsteher der Silberröhre und Mitglied des Zweigvereins Weidenbach Herr Sack. Die Beschlüsse der Vorstandes für seine Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung und des Verbandes einen ehrenvollen Nachruf widmete. Zum Schlusse seines Berichtes besandete Sack noch kurz die allgemeine Lage im Verband, wobei er auf die Zunahme der Mitgliederzahl hinwies. Wenn jeder Kollege seine Pflicht erfüllt, würden wir bei Kriegsende über eine gesetzmäßige Organisation verfügen. Dadurch würde es möglich sein, die gewaltigen Aufgaben auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, die der Arbeiterkraft harren, zu erfüllen. — Die Abrechnung der Hauptkasse ergab eine Einnahme und Ausgabe von 1.931.50. Im Unterjahre für die Hauptkasse wurden ausgereicht: Krankentüchtigkeit an 133 Mitglieder für 2284 Tage 1889.20, Arbeitslosenunterstützung an 7 Mitglieder für 36 Tage 18.70 und Sterbunterstützung an 7 Mitglieder 18.70. Die Zweigvereinskassen hatten einschließlich der alten Bestände von 1.634.71 eine Einnahme von 887.95; die Ausgabe betrug 8.015.58, so daß am Schlusse des zweiten Quartals ein Bestand von 1.629.77 vorhanden ist. Dem Bericht folgte eine rege Aussprache, die hauptsächlich in Anfragen wegen der Wegnahme der Feuerungsanlagen in den verschiedenen Arbeitsstätten der Mitglieder des Zweigvereins bestand. Der Vorstand beschloß, diese Beschwerden den betreffenden Verwaltungen zu übermitteln. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt.

Unternehmerdreifigkeit.

Im Dortmund "General-Anzeiger" fuhr ein Unternehmer, B. K. für Kriegsdienst, Maurer, Zementarbeiter und Eisenarbeiter, die vierzig Arbeiter an die Front. Die Dortmund Arbeiterunterstützung hat sich dazu: "Es handelt sich um Kriegsbedürfnisse; gerade deshalb muß die Bedingung des Sold für die Einstellung bei den Arbeitern den schärfsten Widerspruch hervorgerufen. Es ist bekannt, daß die Arbeiterkraft gerade in der Kriegsinflation alle Kräfte hergeben muß, um den an sie gestellten Anforderungen zu können. Bei schlechter Ernährung werden viel größere Leistungen geordert als in Friedenszeiten. Gerade deshalb muß der verheerende Wortwut Faulenzen, den Sold

gegen die Bauarbeiter erhebt, beleidigend und aufreizend wirken. Willst du nicht der Herr von sich auf andere, dann muß er die ihm im Leben zuzuhilfen anführen und klar sagen, wo er will. Dann kann man sich mit ihm auseinandersetzen und die Leser können sich ein auf Launen begründetes eigenes Urteil bilden. Mit allgemeinen Gesäußerungen ist nichts anzufangen. Deshalb haben wir den Kollegen Hoffmann gebeten, uns mitzuteilen, auf welche Forderungen er seine Forderung legt, daß die Fällung zwischen der Fällung und der ganzen Masse gerissen sei und daß die Fällung nicht getan hätten, um sie wiederherzustellen. Auf diese klare und eindeutige Frage hat uns Kollege Hoffmann leider keine ebenso klare und eindeutige Antwort gegeben. Er fragt uns ganz überflüssigerweise, ob wir etwas besprochen wollten, daß wir im berechtigten aller Staaten leben? und fährt dann fort:

Gleiche Rechte für die belgischen Arbeiter!

Infolge Eiliger Verhältnisse schreibt uns: Nach Zeichnungsbildungen hat der Ausschuss des Reichstages Petitionen in Sachen der russisch-polnischen Arbeiter beschlossen, daß sämtliche Arbeiter im Verhältnis zum Arbeitgeber gleiche Rechte wie den einheimischen Arbeitern gewährt werden müssen. "Die Volkshilfe" hat sich wohl, aber nicht sehr eifrig um die Arbeiter beschuldigt, nicht zu vergessen auch bei den Generalstreiks, Anwesenheit findet, wird der Krieg wohl längst zu Ende sein. Die Inneheren sorgen schon dafür, daß die ausländischen Arbeiter keine Rechte erhalten. Wie den belgischen, so geht es den belgischen Arbeitern. Wir meinen nicht die absonderliche im vorigen Herbst nach Deutschland verschleppten, sondern diejenigen, die sich aus freien Stücken auf den Industriebezugs in Antwerpen oder Brüssel haben für Deutschland anwerben lassen. Dort wurde ihnen ein Arbeitsvertrag mit Unterschrift vorgelegt, wonach sie zu demselben Lohn wie die belgischen Arbeiter von derselben Kategorie beschäftigt werden sollen. Aber dies geschieht nicht. Sind die Leute erst einmal hier, dann zahlen die Unternehmer, was ihnen beliebt; natürlich viel weniger als den belgischen Arbeitern. Auf den Bewerbern in Boringen (Kolonienarbeiter), im Knappd (K. M. M.), Böhmerwald in Böhmen am Rhein und auf vielen anderen haben wir diesen Missetand. Das Schlimmste ist, den Leuten wird bei der Anwerbung gesagt, die Monatslöhne (vier Monate) abgelassen sei, dann können sie, wenn sie nicht bleiben wollen, wieder in ihre Heimat reisen. Es ist nicht ohne Begründung, daß die Leute, wenn sie sich vier Monate lang betrogen haben und nach ihrer Heimat, nach Frau und Kindern verlangen. Aber das gehört ein Mensch, der von den Generalstreiks berichtet zu äußern, war mit der Zeit keine seine Ehe. Man verlangte werden die Leute auf den Kopf, und sie müssen weiterarbeiten, unter dem Lohn der belgischen Arbeiter. Alle ihre Vorstellungen nützen nichts. Wird der Reichstag sich auch dieser armen Arbeitsschreiber annehmen, und wird er dafür sorgen, daß seine Beschlüsse auch schnellstens durchgesetzt werden?

„Die Arbeiterführer sind schuld.“

(Wegen Raummangels mehrmals zurückgestellt.)

Zu den Artikeln: „Eine Gefahr für unsern Verband“ in Nr. 21 und 22 des „Grundstein“ erhielten wir vom Kollegen Hoffmann in Remscheid dieses Eingeladene:

In beiden Artikeln wird die unverantwortliche Gleichgültigkeit der Kollegen als die allein bestehende Gefahr hingestellt. Ich neige mich dem nicht an. Es ist nicht die völligen Werten daran schuld. Hier steht die Frage offen: wem trifft die Schuld, daß die Meisten des Proletariats zerfallen sind? Es ist die Fällung zwischen der großen Masse und der Führung durch die Kriegsgewalt verloren gegangen, weil die gegenseitige Unterstützung in Wert und Ehre nicht mehr so vorhanden war, daß das Band ganz zerfallen ist? Anstatt, daß die führenden Kollegen daran dachten, die Fällung da, wo sie abhandeln gekommen war, wieder herzustellen und an anderen Orten zu befestigen, werden Ausschüßlungen über die Organisierung der Kriegsteilnehmer abgehalten und die Arbeiter, was mit Hoffnung auf einen baldigen Frieden durch den II-Weltkrieg geschildert werden, zu agitatorischen Zwecken nicht, sondern können die Kampfbereitschaft der Kollegen, besonders derjenigen, die im Felde waren. Nebenamtlich ist die Schwere des „Grundstein“ so laut, daß man es von Kollegen nicht verstehen kann, wenn sie an Zerkunft nachlassen. War es nicht in der letzten Zeit im Felde gleichgültig, ob ich denselben bekam oder nicht. Wenn man auch jetzt nicht schreiben kann, was man will, meine ich doch, könnte man durch eine andere Schreibweise viel zur Aufmunterung der Kollegen beitragen. Wie Kollegen! Es ist etwas geworden in der ganzen Organisation des Proletariats. Deshalb nicht länger zusehen, bis das stolze Gebäude, zu dem Kasse, Marx und Engels, August Bebel, Liebknecht und Singer den Grundstein legten, ganz zusammenfällt, sondern reißt wie das moribund Gebäude heraus und baut es wieder aus bis zur Vollendung. Einmal sind wir nicht, und geschloßen eine Macht. Was wir vor diesem Kräfte waren, wollen wir bleiben. Nicht, wenn es nicht so geht, wie es nach mancher Meinung gehen sollte, die Fällung ins Korn werfen, sondern befestigen, was befestigt werden muß, zum Warten aller Unterdrückten, deren Rettung doch die historische Mission des modernen Proletariats ist.

Wie man sieht, bildet Kollege Hoffmann die Schuld an den mangelhaftesten agitatorischen Missetand während der Kriegszeit den „Führern“ auf. Er führt aber für seine Behauptungen keine anderen Tatsachen an, sondern erhebt nur ganz allgemeine Anklagen. Wir halten uns die Veröffentlichung von Wortwutten und Anklagen, die lediglich einen

allgemeinen Unzufriedenheit des Einzelnen entzünden, nicht für entsprechend. Wenn jemand etwas kritisieren will, klar sagen, wo er will. Dann kann man sich mit ihm auseinandersetzen und die Leser können sich ein auf Launen begründetes eigenes Urteil bilden. Mit allgemeinen Gesäußerungen ist nichts anzufangen. Deshalb haben wir den Kollegen Hoffmann gebeten, uns mitzuteilen, auf welche Forderungen er seine Forderung legt, daß die Fällung zwischen der Fällung und der ganzen Masse gerissen sei und daß die Fällung nicht getan hätten, um sie wiederherzustellen. Auf diese klare und eindeutige Frage hat uns Kollege Hoffmann leider keine ebenso klare und eindeutige Antwort gegeben. Er fragt uns ganz überflüssigerweise, ob wir etwas besprochen wollten, daß wir im berechtigten aller Staaten leben? und fährt dann fort:

Zuletzt ist, daß die Lebensmittel um das Drei- bis Vierfache im Preise gestiegen sind, die Röhre aber höchstens um 40 pct. haben wir das verdient an der Organisation, daß, wenn wir nach 20 oder mehr Monaten zurückkehren aus dem Felde, wir solche Zustände finden, wie sie momentan herrschen? Haben wir vor diesem schrecklichen Unheil, der gegenwärtig herrscht, deshalb unsere freien Stunden hergegeben, um die Organisation zu stärken, daß wir heute solche menschenunwürdigen Zustände antreffen? Sollten hier nicht doch die Führer viel vernachlässigt haben dadurch, daß sie die Preissteigerung der Kapitalisten nicht genug brandmarkten? . . .

Kollege Hoffmann schiebt also die Schuld an der herrschenden Lage der Dinge auf einen gewissen Grade auf die Arbeiterführer. Das ist für ihn kein Braum; aber es entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Gebraun dert worden ist die Preissteigerung von den Vertretern der Arbeiter in Parlament und Presse gegen. Wenn sich die Preissteigerung durch das Brandmarkten verhindern sollte, dann würde es sicher längst keine mehr geben. Aber um das Brandmarkten, selbst wenn es von Regierungstelle kommt, kümmern sich Kapitalisten, wenn ihnen höherer Profit winkt, herzlich wenig. Exemplarische Strafen für Arbeiter sind viel empfindlichere Mittel; aber selbst sie können die Preissteigerung nicht wesentlich eindämmen, geschweige denn verhindern. Die Arbeiterbetreuer haben die Preissteigerung nicht nur gebremst, sondern sie haben auch — was viel wichtiger und auch viel erfolgreicher ist — durch tatkräftige Mitarbeit im Staat, in den Gemeinden, in den Preisüberwachungsstellen usw. gegen die Preissteigerung praktisch gearbeitet. Wenn sie das Gebraun dert, so ist das — was man geschichtswissenschaftlich sagen muß — nicht so ein auf den Boden zurückzuführen. Vielmehr tragen zu der richtigen Preissteigerung neben dem Wucher eine ganze Reihe wirtschaftlicher Faktoren bei, die man weder durch das Brandmarkten, noch durch die Unternehmung der Preise wegweisen kann. Hierbei geht um Beispiel die Erhöhung der Herstellungskosten durch die Verteuerung der Rohstoffe, die Erhöhung der Löhne, die Wegnahme der Gehälter oder Gehaltsanteile durch Fabrikanten und Händler an ihre im Felde befindlichen Angehörigen usw. Hierbei geht es um die Preissteigerung durch die allgemeine Entwertung unseres Geldes durch unsere ungünstige Handelsbilanz, die Herausgabe großer Summen Papiergeldes usw. Man kann nicht unbeschränkte Summen Papiergeld herausgeben, ohne daß das Geld entwertet wird; denn das Geld verliert seinen Wert, wenn es im Umlauf durch den Staat geht. Aber kein Staat kann den Wert seines Geldes im internationalen Verkehr bestimmen. Vor dem Kräfte galt zum Beispiel eine Mark in der Schweiz mehr als ein Frank, nämlich etwa 135 Centimen. Heute ist das Verhältnis umgekehrt. Wer heute im Ausland Waren kauft, muß nicht nur die auch im Ausland geliegenden höheren Preise für diese Waren zahlen, sondern noch extra einen ganz erheblichen Aufschlag dafür, daß unser Geld in seinem Wert gesunken ist. Diese Erhöhung des Geldes legt sich auch im Inland überall durch und kommt durch zum Ausdruck, daß man für eine bestimmte Summe Geldes weniger Waren als früher bekommt. Kein vernünftiger Mensch wird erwarten, daß sich an diesen Dingen durch das Brandmarkten der Preissteigerung etwas ändern läßt. Verändern läßt sich gänzlich eine Preissteigerung, die in den allgemeinen Verhältnissen nicht begründet ist. Aber auch sie läßt sich nicht verhindern durch Brandmarkten und Schwächen, sondern nur, indem die Arbeiter Einfluss auf Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu erlangen suchen und mit Hilfe dieses Einflusses den Wucher praktisch entgegenzusetzen und das präventive Brandmarkten des Bundes, die Staat und Gemeinde wird vielfach Kollege Hoffmann „grundfalsch“ nicht wissen wollen.

Kollege Hoffmann kritisiert ferner, daß wir in einem Artikel über die derzeitigen Friedensaussichten der Meinung Ausdruck geben, die Strömungen des II-Weltkrieges würden hoffentlich auch die englische Regierung hindern, Frieden geneigt machen. Nach seiner Meinung können solche Artikel die Kampfbereitschaft unserer Kollegen. Wir haben beim Kollegen Hoffmann angefragt, durch welche Artikel nach seiner Meinung die englische Regierung zum Frieden geneigt gemacht werden könnte. Als Antwort empfing er uns, daß präventive Brandmarkten des Bundes, die Staat und der Sozialismus“ von August Bebel über die Umgestaltung der Gesellschaft zu lesen. Darin sei alles enthalten, wie der Proletarier für einen Frieden der Zukunft arbeiten sollte. Nun mag ja das, was Bebel vor dreißig oder mehr Jahren über den Frieden der Zukunft geschrieben hat, ganz gut und schön sein; aber im gegenwärtigen Augenblick handelt es sich für unser lebendes Volk in erster Linie um die ganz besondere Frage: Wie bringen wir den jetzigen Krieg möglichst rasch zu Ende? Auch Kollege Hoffmann wird zugeben, daß die englische, französische und italienische Regierung einem Verhandlungsfrieden aus der Seele unterbrechen. Sie wollen nur Frieden schließen, nachdem sie gesagt, das heißt ihre gegen Deutschland und seine Verbündeten gerichteten Kriegsziele verwirklicht haben. Von der Mehrheit ihrer Volksgenossen werden sie in dieser Haltung



